



SOZIALPOLITIK

- **ANALYSE**
Die sozialpolitische Konzeption Putins:
Wirtschaftsliberalisierung als Sozialpolitik. Jakob Fruchtmann, Moskau 2
- **UMFRAGE**
Soziale Unterschiede in Russland (Selbsteinschätzung) 5
- **STATISTIK**
Regionale Armutsverteilung in Russland 9
- **UMFRAGE**
Sozialpolitisches Klima im November 2004 10
- **UMFRAGE**
Protestaktionen. Stimmung und Aktivität der Bevölkerung 12
- **CHRONIK**
Vom 2. bis zum 9. Dezember 2004 15
- **LESEHINWEIS**
Abstracts der Russlandartikel in Osteuropa, 2004, Heft 11 16

Die sozialpolitische Konzeption Putins: Wirtschaftsliberalisierung als Sozialpolitik

Jakob Fruchtmann, Moskau

Zusammenfassung

Die sozialpolitische Konzeption Putins ist als Flankierung einer entschieden markt- und wachstumsorientierten allgemeinen Strategie zu werten. Ein wesentliches Ziel dieser Politik besteht in der Sicherung von Bestand und Loyalität der russischen Bevölkerung. Dazu strebt Putin eine Zusammenführung der de jure bestehenden sozialen Rechte und ihrer tatsächlichen materiellen Gewährleistung an. Gleichzeitig bemüht er sich um eine Eliminierung nicht marktwirtschaftskonformer Elemente sozialpolitischer Steuerung (Monetarisierung) und orientiert auch die weitere Gestaltung des sozialpolitischen Instrumentariums v.a. auf eine Förderung des nationalen Wachstums. Dazu zählen auch steuerpolitische Maßnahmen sowie eine fortgesetzte Privatisierung des Bereichs staatlicher sozialer Fürsorge. In den Genuss von *Transfers* sollen letztlich nur die „wirklich Bedürftigen“ kommen. Deutlich zeichnet sich die Bemühung ab, die Kosten der Sozialpolitik für Unternehmen und Staatshaushalt gering zu halten. Insgesamt ist diese Strategie bislang als erfolgreich zu werten – wobei die fortgesetzte Verarmung weiter Teile der Bevölkerung einen bleibenden sozialpolitischen Handlungsbedarf erwarten lässt.

Einleitung

Putin trat im Bereich der Sozialpolitik ein schwieriges Erbe an, was die sozioökonomische Lage der Bevölkerung, die Rechtslage sowie die finanziellen Spielräume sozialpolitischer Maßnahmen angeht. Im Vergleich zur Jelzin-Ära ergaben sich jedoch nach der Krise 1998 eine Reihe von neuen sozialpolitischen Spielräumen:

Erstens überstieg die „Geduld“ der russischen Bevölkerung alle Erwartungen. Der Einfluss der KPRF konnte eingeholt werden. Protestkundgebungen und Streiks nahmen ab, die Erben der sowjetischen Gewerkschaftsorganisationen hatten sich gegen Neugründungen behaupten können und orientierten sich auf eine im Wesentlichen konstruktiv zurückhaltende Rolle. Ansätze zu außerparlamentarischer politischer Opposition wurden vollständig marginalisiert. Zweitens gelang es, die wichtigsten Widersprüche innerhalb der Eliten selbst einzuhegen – die Brisanz der Frage der Loyalität der Bevölkerung wurde so wesentlich entschärft. Nach der Krise 1998 trat zudem drittens eine ökonomische Erleichterung ein, die einerseits in einer bescheidenen Verbesserung der materiellen Lage der Bevölkerung, andererseits in kalkulierbaren fiskalischen Einnahmen auf Seiten des Staates resultierte.

Damit ergab sich erstmals seit Beginn der Reformen ein Spielraum für sozialpolitische Maßnahmen, die über rein reaktive, improvisierende Maßnahmen – wie sie für die Jelzin-Ära typisch waren – hinaus gehen. Und Putin scheint über eine relativ klare sozialpolitische Konzeption zu verfügen, die er, Schritt für Schritt, auch tatsächlich umsetzt. Im folgenden soll diese Konzeption kurz umrissen werden.

Bestand und Loyalität der russischen Bevölkerung

Putins Einschätzung der sozialen Lage in Russland ist – zumindest seinem öffentlichen Auftreten nach – zu urteilen –geprägt von einer Sorge um soziale Risiken, die er als Gefährdungen der nationalen Sicherheit wertet. Im Vordergrund stehen dabei zwei Probleme: Erstens beunruhigen den russischen Präsidenten anhaltende negative demographische Entwicklungen. Putin sieht hier einen klaren Zusammenhang zwischen dem hohen Grad an Verarmung, dem Mangel an sozialer Sicherheit der russischen Bevölkerung einerseits und dem Bevölkerungsschwund andererseits. Immer wieder betont er daher in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit durchgreifender sozialpolitischer Maßnahmen, auch wenn er meint, hier inzwischen einige Erfolge verbuchen zu können:

„In diesem Jahr ist die Geburtenrate weiter gestiegen. Ein guter Indikator – aber es gibt Dinge, die wir unter keinen Umständen vergessen dürfen. [...] Mehr als 31 Millionen [Bürger] leben unterhalb der [Armuts]grenze. Solange wir derartige Probleme nicht gelöst haben, können wir nicht sagen, dass wir unsere Aufgaben gelöst hätten.“ (*Putin, Gespräch mit der Bevölkerung, 18.12.2003*).

Zweitens hält Putin, bei allem Vertrauen in den Patriotismus der Bevölkerung, eine konsequente und erfolgreiche Sozialpolitik für einen wesentlichen Anker des sozialen Friedens, der nationalen Einheit und eines loyalen Verhältnisses des Volkes zum Staat als ganzem.

Devirtualisierung der Sozialpolitik

Putin kritisierte zunächst – vom Beginn seiner ersten Amtszeit an bis heute unverändert – das für Russ-

land typische Missverhältnis sozialpolitischer Rechte der Bevölkerung und ihrer mangelnden Realisierung. Zur Angleichung von staatlichen Versprechungen und ihrer Einlösung führen grundsätzlich zwei Wege: entweder man steigert den Umfang der Mittel, die zur Realisierung der Verpflichtungen eingesetzt werden, oder man verspricht weniger. Putin setzt entschieden auf Letzteres:

„Das Schlimmste ist, wenn der Staat Verpflichtungen auf sich nimmt und diese nicht einhält. Das ist schlimmer, als bescheidene Verpflichtungen auf sich zu nehmen, aber deren Einhaltung unter allen Umständen zu erzielen. Dann geht wenigstens nicht das Vertrauen des Volks in die Staatsmacht und alle anderen Institutionen, die eng mit der Staatsmacht verbunden sind, verloren.“ (Putin auf einem Treffen mit Gewerkschaftsvertretern, 28.11.2001).

Aus diesem Grund sollen die sozialpolitischen Verpflichtungen des Staates reduziert, die verbleibenden aber – im Unterschied zur bisherigen Praxis – auch wirklich eingehalten werden, ein Prinzip, dass sich durch die meisten sozialpolitischen Reformen unter Putin, zumindest durch ihre Begründung, wie ein roter Faden zieht.

Tatsächlich wurde unter Putin auch die bisherige haushaltsschonende Praxis der Nicht-Auszahlung von Renten in Russland praktisch eliminiert und eine allgemeine Verstetigung der Zahlung sozialer Transfers und der Gehälter der Staatsangestellten erreicht. Auf diese Tatsache verweist Putin auch häufig in seinen öffentlichen Auftritten, etwa in seinem jährlichen, im Fernsehen übertragenen, „Gespräch mit der Bevölkerung“:

„Über viele Jahre hinweg herrschte auch im staatlichen Sektor Unordnung, die [Zahlungs-] Verzögerungen hatten systematischen Charakter – viele Monate und sogar Jahre. Die Renten wurden nicht rechtzeitig ausgezahlt. Gott sei dank haben wir in diesem Bereich für Ordnung gesorgt. Auch hier gibt es noch gewisse Verzögerungen, aber sie belaufen sich auf nicht mehr als zwei Tage. Und in 76 Subjekten der Russischen Föderation gibt es überhaupt keine Verzögerungen in den Gehaltszahlungen an staatliche Angestellte.“ (Putin, Gespräch mit der Bevölkerung, 18.12.2003).

Monetarisierung der Sozialpolitik

Putin strebt eine Anpassung der sozialpolitischen Methoden an die neuen sozioökonomischen Zielgrößen an. So sollen soziale Leistungen nicht mehr, wie dies bisher bei den für die armen Bevölkerungsgruppen außerordentlich wichtigen Vergünstigungen der Fall war, als materielle Nutzungsrechte für bestimmte

Kategorien von Bürgern (u.a. kostenloser öffentlicher Transport) verteilt, sondern in Form von Geldzahlungen eingelöst werden, die dann wiederum als zahlungsfähige Nachfrage marktwirksam werden und wachstumsfördernd wirken sollen.

Durch die Monetarisierung der Vergünstigungen soll zudem ein realistisch kalkulierbares und über den Staatshaushalt steuerbares Verhältnis von sozialpolitischer Aufgabenstellung und ihrer Finanzierung erzielt werden, selbst wenn dadurch zunächst zusätzliche Haushaltsbelastungen entstehen.

Denn für die Monetarisierung der Vergünstigungen sind im föderalen Haushalt für das kommende Jahr umgerechnet ca. 4,7 Mrd. Euro vorgesehen. Im Jahre 2004 wurden zur Verrechnung der Vergünstigungen mit den die entsprechenden Dienstleistungen und Güter zur Verfügung stellenden Unternehmen offiziellen Angaben zufolge nur umgerechnet ca. 1,1 Mrd. Euro ausgegeben – was bedeuten würde, dass (trotz der 2005 insgesamt sinkenden Sozialausgaben) die Monetarisierung der Vergünstigungen zu einer zusätzlichen Belastung des Sozialhaushaltes von umgerechnet ca. 3,6 Mrd. Euro führt.

Eine neue „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“?

Den Kern der sozialpolitischen Konzeption Putins stellt jedoch die Förderung von Wirtschaftswachstum dar. Nur so könne letztlich eine nachhaltige Steigerung des Lebensniveaus erreicht und die soziale Absicherung der Bevölkerung finanziert werden. Putins Ansatz zielt auf Wachstumsförderung mit sozialpolitischer Flankierung:

„Nur wirtschaftliches Wachstum kann eine tatsächlich zuverlässige Grundlage für eine langfristige Lösung der sozialen Probleme, auch für die Armutsbekämpfung geben.“ (Ansprache des Präsidenten Russlands W.W. Putin an die Föderative Versammlung der Russischen Föderation, Moskau, Kreml, den 26. Mai 2004)

In Putins Verständnis ist die beste Sozialpolitik also eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, Armutsbekämpfung und Wirtschaftsförderung sind praktisch Synonyme. Die Kosten der Sozialpolitik sind dementsprechend einzugrenzen, da sie als Haushaltsbelastung bzw. Lohnnebenkosten negativ auf eine solche marktorientierte Wirtschaftspolitik wirken.

Und tatsächlich ist auch, nach einem anfänglichen Ansteigen der sozialpolitischen Ausgaben in den ersten Haushaltsjahren der Präsidentschaft Putins, für das Haushaltsjahr 2005 eine Senkung der Sozialausgaben von 13,3% auf 11,5% des föderalen Gesamthaushalts vorgesehen. Auch der Anteil der Transfers vom föde-

ralen Haushalt an die regionalen Haushalte sinkt von 31,1% auf 29,8% – diese Transfers betreffen v.a. soziale Leistungen, die von den Regionen erbracht werden.

Mit Steuern steuern

Wachstum soll aber nicht nur durch die Entlastung der Staatshaushalte erreicht werden, auch durch steuerliche Entlastung der Unternehmen und die Schaffung neuer Geschäftsmöglichkeiten bzw. die Legalisierung bislang „grauer“ Märkte soll Wachstum stimuliert werden.

In der sozialpolitischen Konzeption Putins haben wirtschaftsfördernde Maßnahmen, wie eine Senkung der fiskalischen Belastung der Unternehmen hohe Priorität, auch wenn dies zu einer Umverteilung zuungunsten der lohnabhängigen Bevölkerung führt:

„Die Steuerreform ist eines der Instrumente der Armutsbekämpfung. Gerade durch ein angemessenes Steuersystem können wir eine Erhöhung der Löhne und Gehälter sicherstellen und gleichzeitig ‚graue‘ Schemata der Bezahlung ausschließen.“ (*Auftritt vor der gemeinsamen Sitzung des Finanzministeriums und des Ministeriums für Wirtschaftsentwicklung und Handel, 19.03. 2004*).

Gemeint war damit die umstrittene Senkung des Höchstsatzes der einheitlichen Sozialsteuer auf Löhne und Gehälter von 35,6% auf 26%, durch die ein größerer Teil der Einkommen steuerlich deklariert werden soll. Aus der einheitlichen Sozialsteuer, die übrigens *regressiv* angesetzt wird, werden die wichtigsten sozialpolitischen Instrumente finanziert. (Vor Putins Amtsantritt waren diese in Form von Sozialkassen organisiert und begründeten so – zumindest formell – noch Ansprüche der Einzahler). Die kürzlich vorgenommene Senkung dieser Abgabe beunruhigte u.a. Vertreter der Gewerkschaften, die vor einer Unterfinanzierung sozialer Aufgaben wie etwa der Renten warnen. Tatsächlich ist für das Haushaltsjahr 2005 vorgesehen, die aufgrund der Absenkung der einheitlichen Sozialsteuer zu erwartende Finanzierungslücke bei den Renten aus den in einem gesonderten Fonds gesammelten Einnahmen aus den hohen Ölpreisen zu schließen (falls der Ölpreis nicht erheblich fällt).

Privatisierung des Staatsbereichs – Legalisierung der Schattenwirtschaft

Da diese Konzeption auf ein weiteres Sinken sozialpolitischer Kosten bei gleichzeitig anhaltendem sozialpolitischem Bedarf zielt, sucht Putin nach Möglichkeiten einer „Steigerung der Effizienz“ des bestehenden sozialpolitischen Instrumentariums. Ein weiteres Charakteristikum der Sozialpolitik Putins besteht daher in der Stärkung und Regulierung von Marktelementen,

bei gleichzeitiger Reduktion und Stabilisierung des verbleibenden staatlichen Bereichs.

Dies wird an der Gesundheitspolitik Putins besonders deutlich. Auch hier soll ein – deutlich reduzierter – Umfang von Ansprüchen nun „real zugänglich“ werden, nachdem das bisherige Recht auf eine kostenlose medizinische Versorgung für die Bevölkerung meist nicht wirklich eingelöst wurde, sondern vielmehr weitgehend durch einen grauen Markt bzw. Bestechung des medizinischen Personals reguliert war. Eine Trennung von staatlicher medizinischer Grundversorgung bei gleichzeitiger Legalisierung des grauen Gesundheitsmarktes soll hier Abhilfe schaffen.

Ähnlich auch der Ansatz in der Rentenpolitik: Durch die Aufteilung der bisherigen „Einheitsrente“ in eine staatlich finanzierte Grundrente und einen Anteil der privaten Vorsorge (kapitalgedeckter Teil) soll eine Geschäftssphäre für private Versicherungsgesellschaften und Banken geschaffen werden, die sich die Zahlungsfähigkeit derer, die noch etwas sparen können, zu Nutze machen. Die staatliche Rentenkasse und neuzugelassene private Versicherungen können nun Rentengelder zur Grundlage neuer finanzwirtschaftlicher Geschäfte machen.

Die Anbindung des kapitalgedeckten Rententeils an die Höhe der jeweils laufenden Einkommens soll zugleich eine Senkung nicht versteuerter Lohn- und Gehaltsanteile bewirken, da dieser Teil anhand der laufenden (steuerrelevant deklarierten) Einkommen errechnet wird:

„Der heutige Mitarbeiter ist wegen seiner zukünftigen Rente daran interessiert, ‚sauber‘ bezahlt zu werden, nicht im Umschlag, sondern direkt. Also, das ist das erste, was den kapitalgedeckten Teil angeht.“ (*Putin, Gespräch mit der Bevölkerung, 18.12.2003*).

Nachdem sich aber herausstellte, dass die Rentenfonds aufgrund der Senkung der einheitlichen Sozialsteuer unterfinanziert sind, wurde das neue System auf die unter 38-jährigen beschränkt. Hier erweist sich also das nutzbare Potential an privater Nachfrage zur Stimulierung von Wachstum als fraglich, da die Einkommen der Betroffenen nicht hinreichen – was ja eigentlich der Ausgangspunkt der sozialpolitischen Eingriffe ist.

Transfers nur für „wirklich Bedürftige“?

Ein zentraler Hebel der „Steigerung der Effizienz“ der sozialpolitischen Instrumente besteht daher letztlich in der Beschränkung ihres Einsatzes auf die „wirklich sozial Bedürftigen“. Damit sind die für russische Verhältnisse besonders armen gemeint, Ori-

entierungsgröße ist das gesetzlich definierte Existenzminimum.

Die übrige Bevölkerung soll erheblich mehr in die private Vorsorge einbezogen werden, und verliert dabei einen Großteil ihrer sozialen Rechte (die verbleibenden Ansprüche sollen dann aber auch tatsächlich realisiert werden).

Die „Bekämpfung der Armut“ in Russland zielt insofern auch auf eine funktionale Teilung der ärmeren Bevölkerungsteile in eine Gruppe, die (wenn auch mit staatlicher Unterstützung) noch marktfunktionale Aufgaben erfüllen kann, und den Rest, der sozial auf die Position des Pauper festgeschrieben wird und von Transfers zu leben hat (in Russland ist dafür der Ausdruck „*ljumpeny*“ – Lumpenproletariat – nicht ungebräuchlich). Die Gesellschaft wird dabei dazu erzogen, diesen Zustand als neue soziale *Normalität* wahrzunehmen, an deren Verbesserung natürlich gearbeitet wird.

Resümee

Insgesamt ist die aktuelle russische Sozialpolitik, gemessen an ihren eigenen Zielvorgaben, erfolgreich. Obwohl die Lebenserwartung nach wie vor mit 58 Jahren auf einem sehr niedrigen Niveau liegt, ist immerhin die Geburtenrate gestiegen. Vor allem aber ist

Über den Autor

Dr. Jakob Fruchtmann, Feodor Lynen Stipendiat der Alexander von Humboldt Stiftung / IKSI-RAN, Moskau.

der soziale Friede heute in Russland gesicherter, als es in der jungen Föderation je zuvor war.

Sozial motivierte Proteste sind nur geringfügig – zuletzt gegen den Bildungsabbau und die Privatisierung der Wissenschaft, davor gegen die Senkung der einheitlichen Sozialsteuer und ganz besonders die Monetarisierung der Vergünstigungen, die die Popularität Putins vorübergehend erheblich beschädigt hatte und deren Regelung im Einzelnen mehrfach nachkorrigiert werden musste. Streiks sind in Russland immer seltener geworden, die Gewerkschaften orientieren sich v.a. auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen.

Das Erstarken patriotischer Stimmungen, die Betonung der „nationalen Einheit“ durch die die gesamte „Periode Putin“ gekennzeichnet ist, ist zudem geeignet, soziale Proteste im Land unter den Verdacht des „unverantwortlichen Egoismus“ zu stellen und zu marginalisieren. Und dies um so mehr, als neuerdings der „Krieg gegen den Terror“ zur alle Politikbereiche übergreifenden Losung geraten ist.

Die „Liberalisierung als Sozialpolitik“ unter Putin ist also nicht in Frage gestellt. Insofern ist auch im Weiteren mit einer ungebrochenen Fortsetzung der hier kurz umrissenen Strategie zu rechnen.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Umfrage

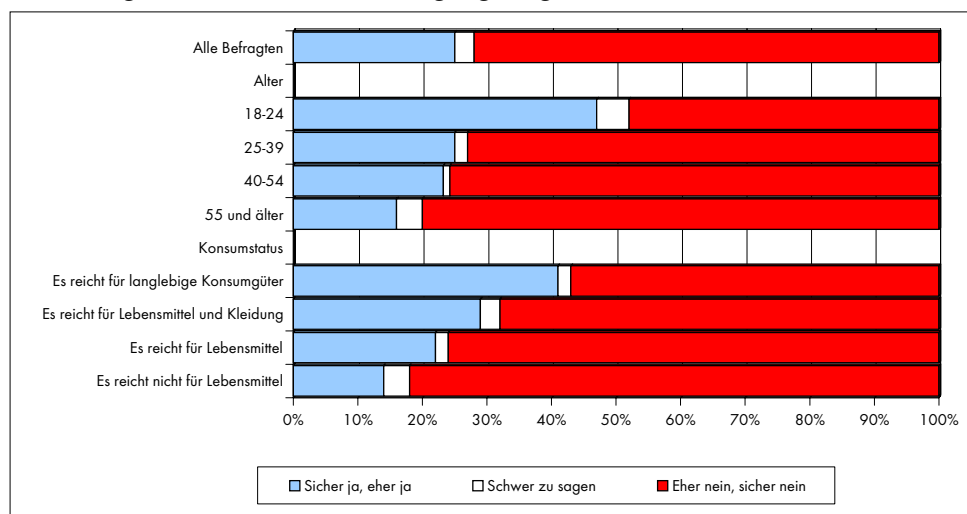
Soziale Unterschiede in Russland (Selbsteinschätzung)

Zu welcher der folgenden Gruppen rechnen Sie sich?

	Dez 2002	Dez 2003
Wir kommen kaum zurecht. Das Geld reicht nicht einmal für Lebensmittel	15,0%	16,6%
Für Lebensmittel reicht es, aber bei Kleidung wird es finanziell schwierig	36,7%	36,2%
Das Geld reicht für Lebensmittel und Kleidung. Aber langlebige Konsumgüter (Fernseher, Kühlschrank usw.), das ist für uns ein Problem	34,9%	33,4%
Langlebige Konsumgüter können wir uns leisten. Aber wirklich teure Anschaffungen nicht so einfach	9,6%	12,1%
Wir können uns auch wirklich teure Dinge leisten (Wohnung, Datscha usw.)	1,2%	1,1%
Keine Antwort	2,5%	0,6%

Quelle: Umfrage des VCIOM (heute Lewada-Institut), Dezember 20.–23. Dezember 2003
<http://www.vciom-a.ru/press/2004011302.html>

Bewertung der medizinischen Versorgung, August 2004

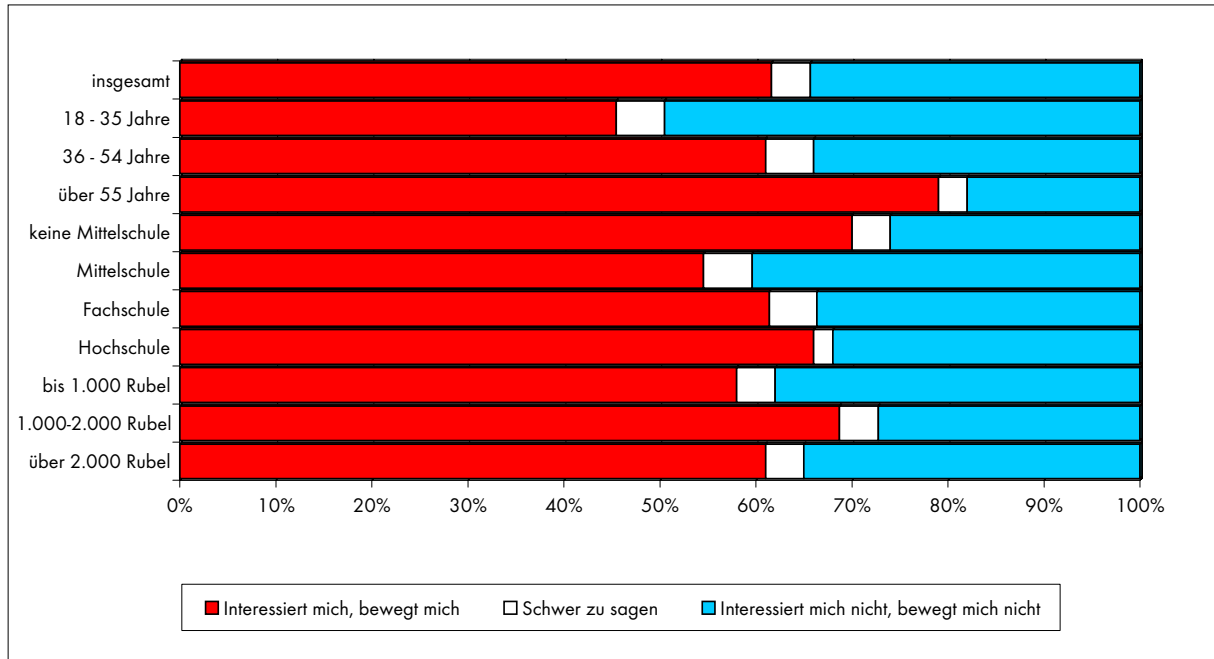


Können Sie und die Mitglieder Ihrer Familie im Krankheitsfall eine gute medizinische Behandlung erhalten?

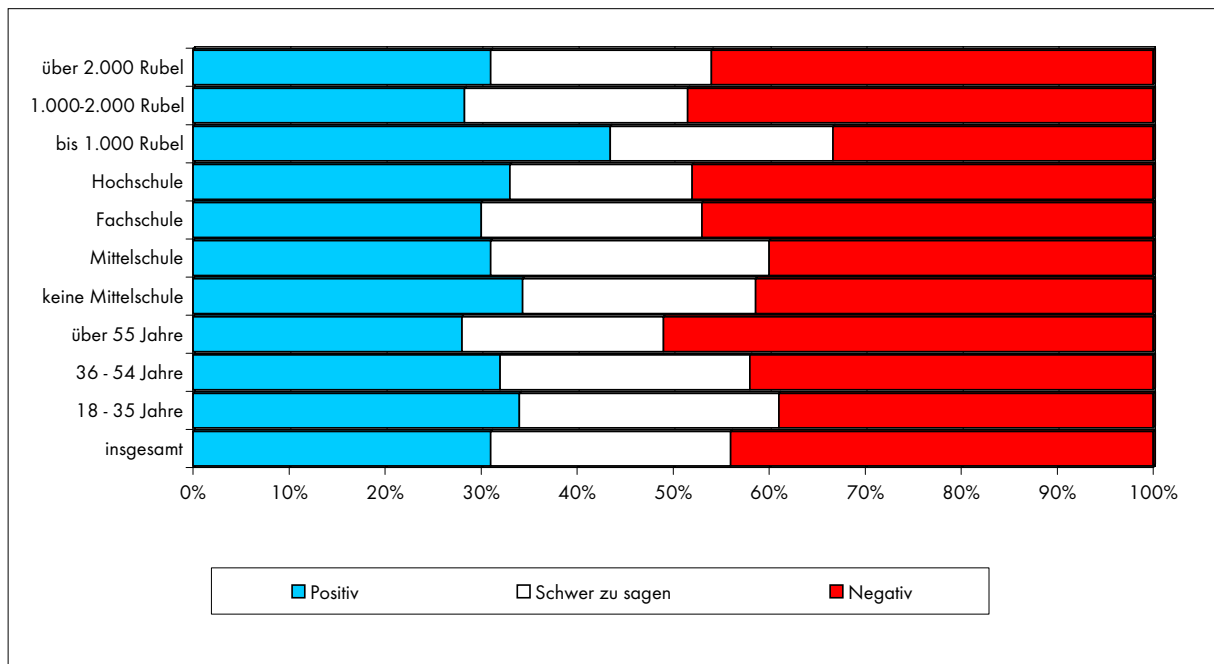
	Sicher ja, eher ja	Schwer zu sagen	Eher nein, sicher nein
Alle Befragten	25%	3%	72%
Alter			
18–24	47%	5%	48%
25–39	25%	2%	73%
40–54	23%	1%	75%
55 und älter	16%	4%	80%
Föderalbezirk			
Nordwest	32%	4%	64%
Zentralbezirk	21%	4%	75%
Süden	22%	4%	75%
Wolga	23%	2%	75%
Ural	24%	1%	75%
Sibirien	28%	3%	70%
Fernost	44%	0%	56%
Konsumstatus			
Es reicht für langlebige Konsumgüter	41%	2%	57%
Es reicht für Lebensmittel und Kleidung	29%	3%	68%
Es reicht für Lebensmittel	22%	2%	76%
Es reicht nicht für Lebensmittel	14%	4%	82%
Sozialstatus			
Obere Mittelschicht	60%	0%	40%
Mittlere Mittelschicht	33%	2%	65%
Untere Mittelschicht	20%	3%	77%
Unterschicht	14%	4%	82%
Wohnortgröße			
Moskau	31%	3%	66%
Über 500.000	27%	4%	70%
100.000–500.000	26%	3%	71%
10.000–100.000	23%	1%	76%
Dorf	23%	4%	73%

 Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, August 2004 <http://www.levada.ru./press/2004091704.html>

Sagen Sie bitte, berührt Sie die Ersetzung von sozialen Vergünstigungen durch Geldzahlungen?



Wie bewerten Sie persönlich die Pläne, soziale Vergünstigungen durch Geldzahlungen zu ersetzen?



Monetarisierung sozialer Vergünstigungen

	Lebensalter			Bildung				Prokopfeinkommen			
	Russland insgesamt	18 – 35 Jahre	36 – 54 Jahre	über 55 Jahre	keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	bis 1.000 Rubel	1.000–2.000 Rubel	über 2.000 Rubel
Anteile der Gruppe in %	100%	33%	38%	29%	18%	34%	35%	13%	18%	35%	34%
Wissen Sie von den Plänen der Regierung, gewisse soziale Vergünstigungen durch Geldzahlungen zu ersetzen?											
Weiß ich	68%	51%	72%	82%	70%	62%	67%	82%	61%	71%	71%
Habe davon gehört	23%	31%	23%	15%	18%	27%	25%	16%	31%	21%	21%
Höre davon zum erstenmal	8%	16%	4%	4%	10%	10%	6%	1%	6%	7%	7%
Schwer zu sagen	1%	2%	1%	0%	1%	1%	1%	0%	2%	1%	1%
Sagen Sie bitte, berührt Sie die Ersetzung von sozialen Vergünstigungen durch Geldzahlungen?											
Interessiert mich, bewegt mich	61%	45%	61%	79%	70%	54%	62%	66%	58%	68%	61%
Interessiert mich nicht, bewegt mich nicht	34%	49%	34%	18%	26%	40%	34%	32%	38%	27%	35%
Schwer zu sagen	4%	5%	5%	3%	4%	5%	5%	2%	4%	4%	4%
Wie bewerten Sie persönlich die Pläne, soziale Vergünstigungen durch Geldzahlungen zu ersetzen?											
Positiv	31%	34%	32%	28%	34%	31%	30%	33%	43%	28%	31%
Negativ	44%	39%	42%	51%	41%	40%	47%	48%	33%	48%	46%
Schwer zu sagen	25%	27%	26%	21%	24%	29%	23%	19%	23%	23%	23%
Haben Sie selbst Anrecht auf soziale Vergünstigungen?											
Unbedingt	29%	12%	18%	62%	48%	20%	26%	31%	25%	36%	29%
Eher ja	7%	5%	4%	13%	11%	6%	7%	6%	4%	9%	6%
Eher nein	18%	19%	25%	8%	13%	20%	19%	15%	20%	16%	18%
Gewiss nicht	43%	60%	50%	14%	24%	50%	46%	44%	46%	37%	45%
Schwer zu sagen	3%	4%	3%	3%	4%	3%	2%	3%	5%	2%	3%

Quelle: Umfrage der "Stiftung Öffentliche Meinung" (FOM) vom 20.–21. November 2004 <http://bd.fom.ru/zip/lb0447.zip>

Statistik

Regionale Armutsverteilung in Russland

(Anteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Offizielles Konzept und Weltbankverfahren, ausgewählte Regionen)

	Weltbank-Methode			russische Definition		
	1997	1999	2002	1997	1999	2002
Russland insgesamt	24,7%	35,9%	19,6%	25,0%	37,6%	30,7%
Zentraler Föderalbezirk						
Gebiet Belgorod	6,3%	24,5%	6,8%	18,9%	26,9%	25,0%
Gebiet Iwanowo	31,3%	54,3%	25,4%	27,0%	64,9%	67,4%
Gebiet Lipezk	20,9%	27,9%	12,4%	17,7%	25,9%	25,8%
Gebiet Moskau	19,9%	46,0%	16,8%	22,7%	27,6%	28,6%
Gebiet Twer	29,9%	51,6%	21,2%	23,1%	67,4%	41,0%
Gebiet Tula	16,4%	37,7%	8,8%	16,6%	31,2%	22,1%
Stadt Moskau	2,1%	23,1%	8,6%	16,1%	23,3%	21,0%
Föderalbezirk Nordwest						
Republik Karelien	16,4%	29,5%	12,3%	19,6%	26,2%	20,0%
Gebiet Kaliningrad	30,5%	45,4%	24,1%	24,5%	37,4%	40,2%
Gebiet Leningrad	24,2%	34,4%	14,1%	24,3%	51,5%	41,9%
Gebiet Nowgorod	32,1%	39,4%	24,0%	17,8%	24,0%	31,8%
St. Petersburg, Stadt	12,4%	21,7%	3,1%	22,9%	33,2%	21,1%
Südlicher Föderalbezirk						
Republik Dagestan	66,4%	71,3%	55,6%	53,9%	67,2%	47,9%
Republik Inguschetien	59,5%		46,7%	76,9%	95,1%	87,6%
Republik Kabardino-Balkarien	46,6%	51,6%	41,7%	39,8%	46,6%	29,4%
Republik Kalmykien	42,3%	59,8%	36,4%	46,0%	78,1%	57,4%
Bezirk Stawropol	29,7%	55,0%	29,8%	34,8%	45,2%	39,1%
Gebiet Wolgograd	33,1%	54,5%	23,1%	24,1%	58,1%	31,5%
Föderalbezirk Wolga						
Republik Baschkortostan	29,1%	40,7%	20,1%	25,2%	30,3%	23,1%
Republik Marij El	38,1%	53,7%	38,7%	52,1%	69,0%	54,7%
Republik Tatarstan	26,0%	39,7%	20,4%	17,9%	24,1%	24,0%
Gebiet Nishnij Nowgorod	15,0%	46,0%	21,5%	17,3%	38,0%	22,9%
Gebiet Samara	20,4%	39,9%	20,3%	18,3%	23,4%	28,4%
Gebiet Saratov	29,8%	48,2%	26,0%	32,1%	43,0%	38,5%
Föderalbezirk Ural						
Gebiet Kurgan	37,8%	56,3%	28,8%	42,6%	56,5%	47,8%
Gebiet Swerdlowsk	14,9%	51,6%	21,8%	23,1%	35,6%	24,9%
Gebiet Cheljabinsk	14,5%	32,6%	19,3%	23,3%	32,0%	30,2%
Sibirischer Föderalbezirk						
Republik Burjatien	39,6%	51,7%	31,9%	44,3%	50,5%	39,1%
Bezirk Krasnojarsk	20,2%	37,4%	12,3%	19,7%	25,1%	25,6%
Gebiet Irkutsk	22,9%	30,8%	15,0%	27,3%	29,9%	33,9%
Gebiet Nowosibirsk	27,3%	53,6%	25,2%	39,3%	61,1%	44,7%
Gebiet Omsk	31,8%	39,0%	20,7%	23,4%	38,5%	24,3%
Föderalbezirk Fernost						
Republik Sacha (Jakutien)	29,6%	37,1%	21,8%	28,3%	33,2%	23,8%
Bezirk Primorje	22,8%	41,4%	24,2%	28,6%	39,8%	46,6%
Gebiet Kamtschatka	52,1%	43,3%	13,8%	25,9%	33,6%	35,5%

 Quelle: World Bank: Russian Federation Poverty Assessment. June 28, 2004. No. 28923-RU DRAFT, S. 175ff [http://www.worldbank.org.ru/ECA/Russia.nsf/ECADocByUnid/3ABAD2CCE2ABBA25C3256E27004863AD/\\$FILE/PAR_062504_Eng.pdf](http://www.worldbank.org.ru/ECA/Russia.nsf/ECADocByUnid/3ABAD2CCE2ABBA25C3256E27004863AD/$FILE/PAR_062504_Eng.pdf)

Umfrage
Sozialpolitisches Klima im November 2004
Wie bewerten Sie gegenwärtig die materielle Lage Ihrer Familie?

	Jan 2004	Mrz 2004	Mai 2004	Jul 2004	Sep 2004	Nov 2004
Sehr gut	<1%	<1%	<1%	1%	1%	1%
Gut	7%	7%	9%	8%	6%	8%
Mittel	55%	53%	55%	54%	55%	52%
Schlecht	29%	29%	30%	29%	29%	29%
Sehr schlecht	7%	9%	5%	7%	7%	8%
Schwer zu sagen	2%	2%	1%	1%	1%	3%

Welche Meinung über Streiks teilen Sie?

	Jun 2001	Nov 2004
Streik ist die einzige Möglichkeit, seine Forderungen durchzusetzen	13%	14%
Streik ist ein normales Mittel, Probleme zu entscheiden	13%	19%
Streik ist ein extremes Mittel, das man heute leider nicht vermeiden kann	30%	29%
Mit Streiks erreicht man gar nichts	33%	29%
Streiks sind in unserem Land nicht zulässig	5%	4%
Schwer zu sagen	6%	6%

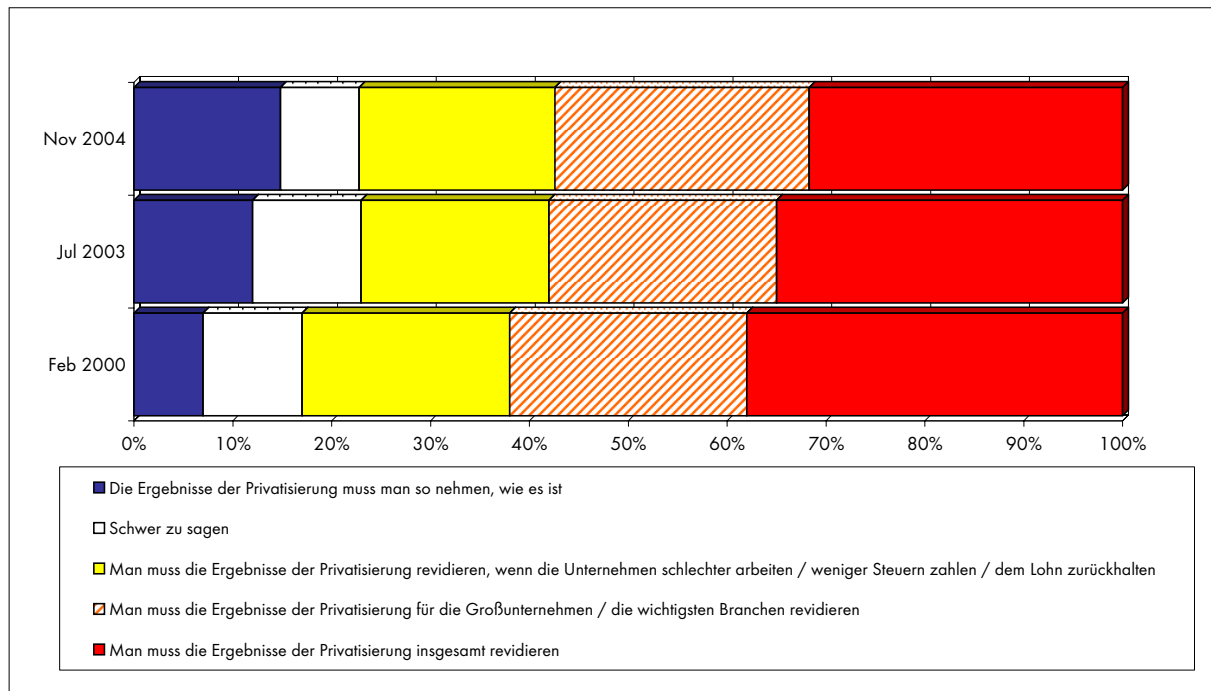
Mit welchen Gefühlen betrachten Sie Leute, die sich in den letzten 15–20 Jahren bereichert haben?

	Nov 2003	Nov 2004
Mit Hochachtung	14%	15%
Mit Mitgefühl	2%	1%
Mit Interesse	16%	12%
Mit Zorn	14%	18%
Mit Verachtung	7%	7%
Mit Hass	7%	8%
Ohne sonderliche Gefühle	37%	37%
Schwer zu sagen	3%	2%

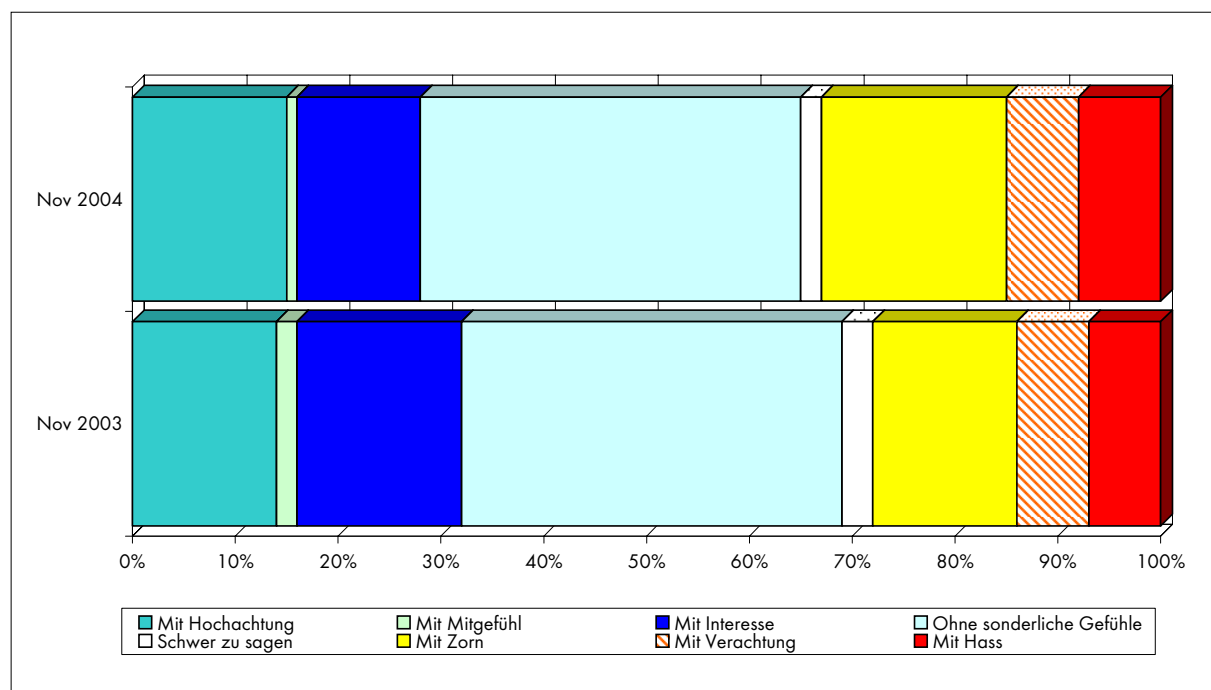
Welchen dieser Standpunkte teilen Sie?

	Feb 2000	Jul 2003	Nov 2004
Die Ergebnisse der Privatisierung muss man so nehmen, wie es ist	7%	12%	15%
Man muss die Ergebnisse der Privatisierung revidieren, wenn die Unternehmen schlechter arbeiten / weniger Steuern zahlen / dem Lohn zurückhalten	21%	19%	20%
Man muss die Ergebnisse der Privatisierung für die Großunternehmen / die wichtigsten Branchen revidieren	24%	23%	26%
Man muss die Ergebnisse der Privatisierung insgesamt revidieren	38%	35%	32%
Schwer zu sagen	10%	11%	8%

Soll man die Privatisierungen rückgängig machen?



Mit welchen Gefühlen betrachten Sie Leute, die sich in den letzten 15–20 Jahren bereichert haben?

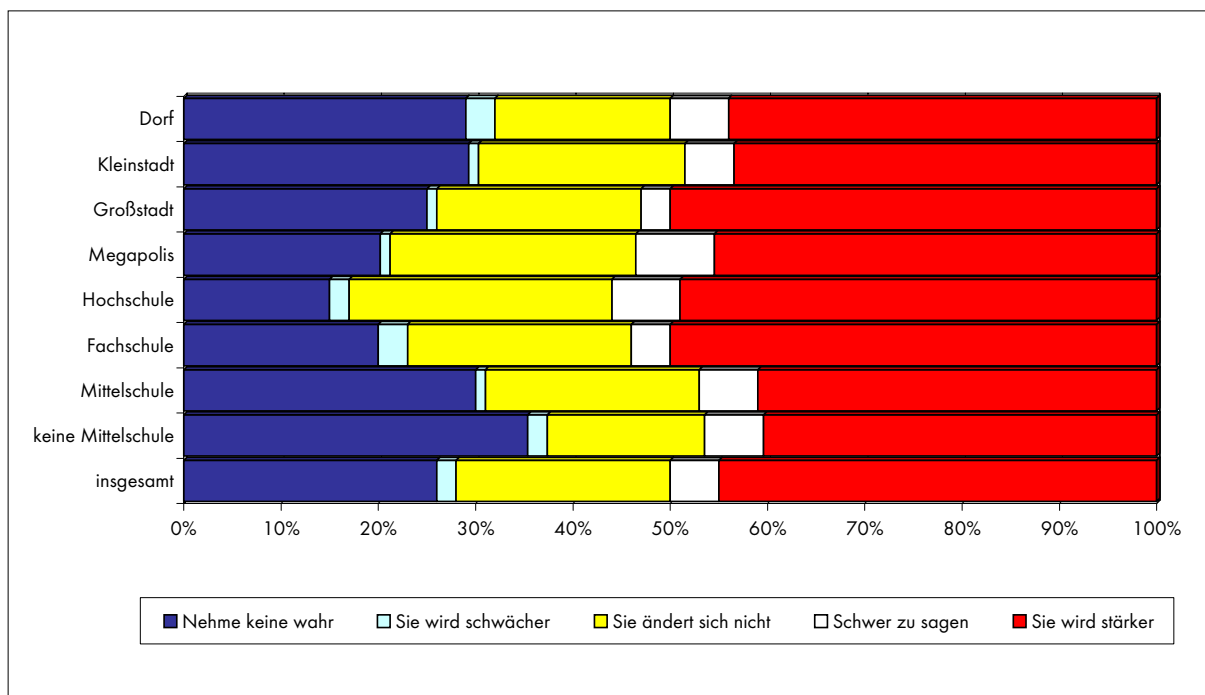


Quelle für Grafiken und Tabellen auf den Seiten 10 bis 11: Umfrage des Lewada-Zentrums vom November 2004
<http://www.levada.ru./press/2004120202.html>

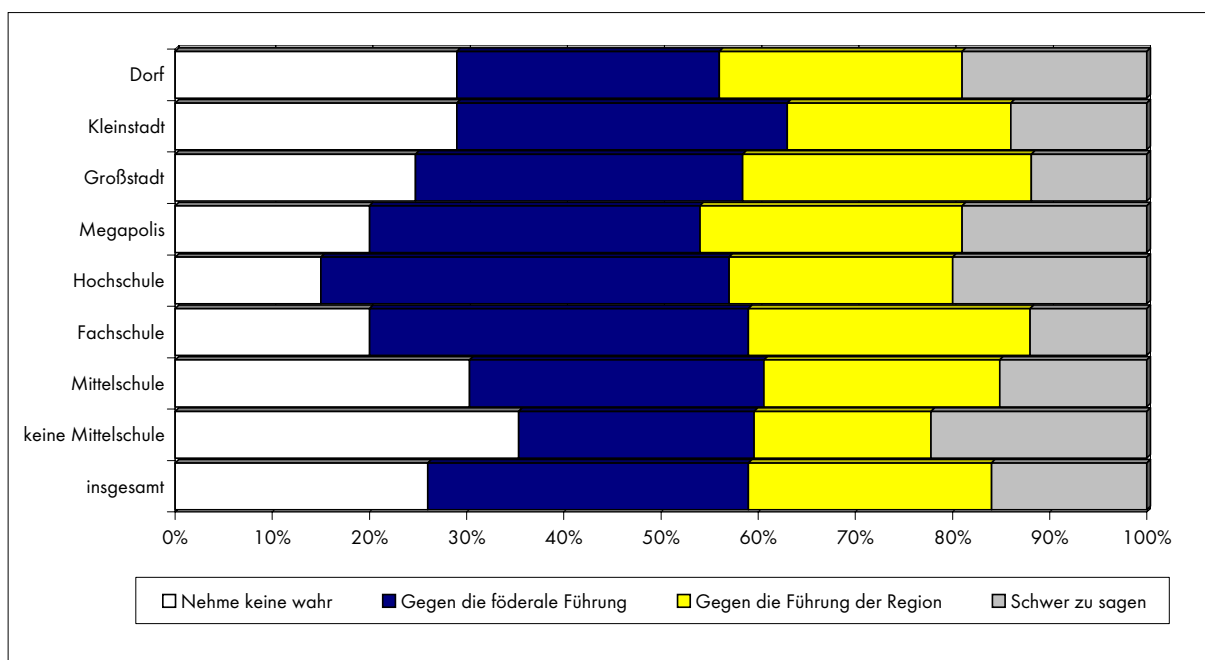
Umfrage

Protestaktionen. Stimmung und Aktivität der Bevölkerung

Haben Sie in Ihrer Umgebung Unzufriedenheit mit der Führung wahrgenommen oder nicht?
 Und wenn ja, verstärkt sie sich in letzter Zeit, wird sie schwächer oder ist sie unverändert?

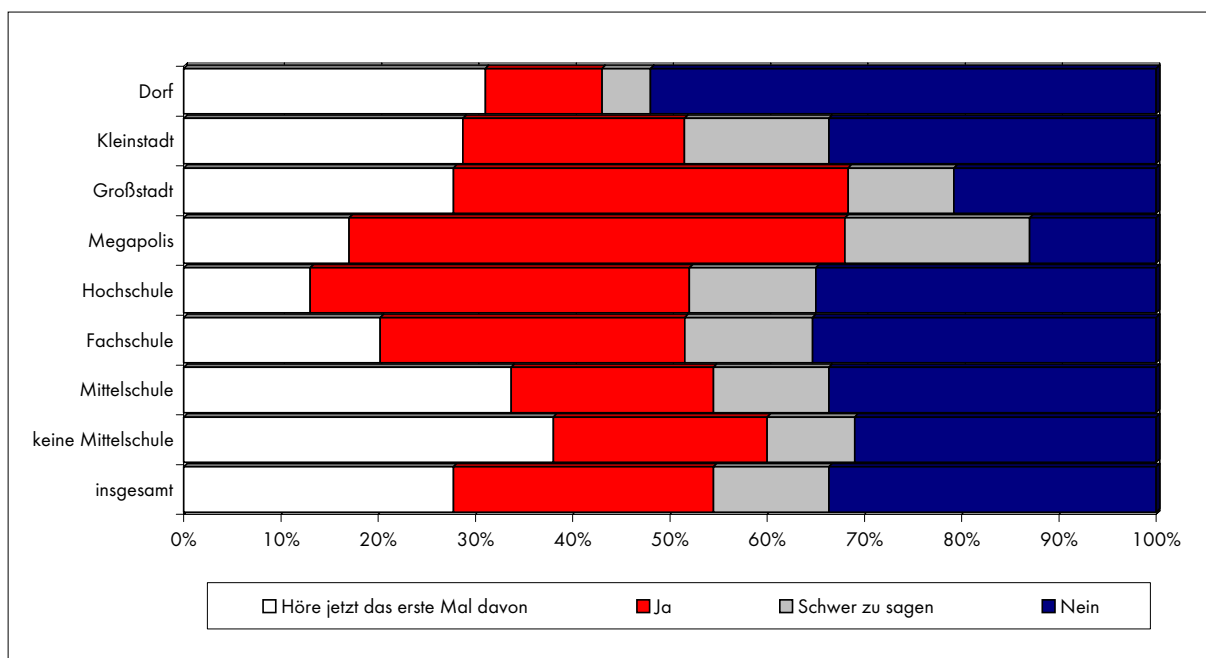


Richtet sich diese Unzufriedenheit Ihrem Eindruck nach vor allem gegen die föderale Führung oder gegen die Führung Ihrer Region?

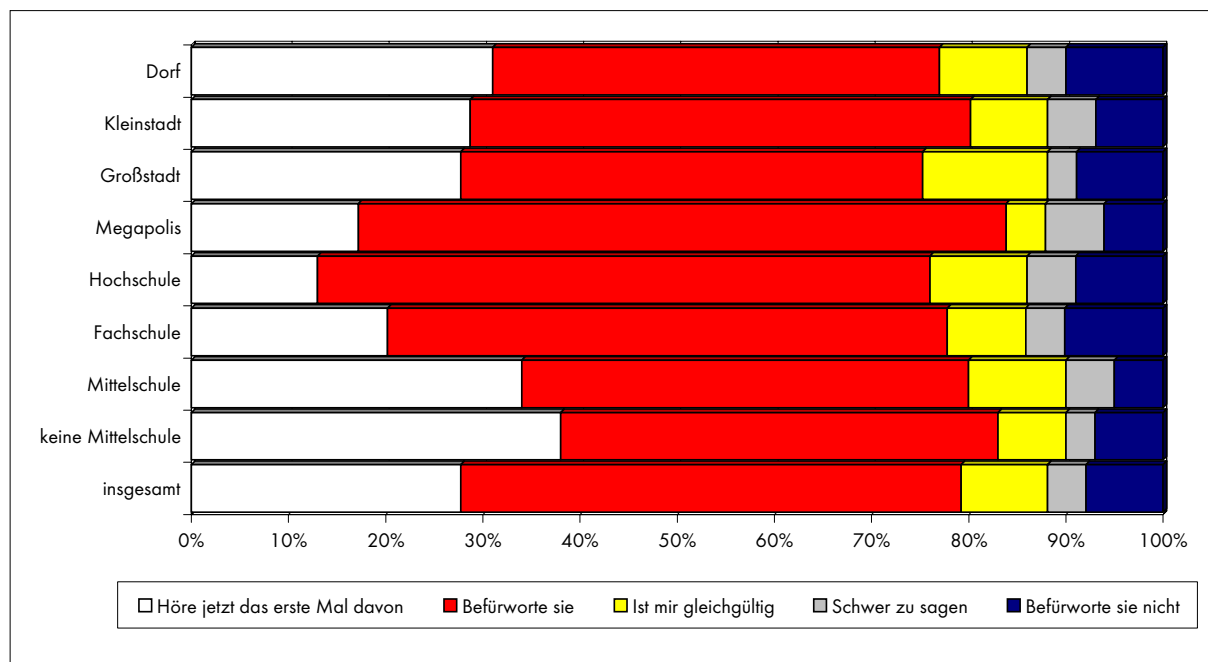


Gibt es Unzufriedenheit mit der Führung?

	Russland insgesamt	Bildung				Wohnorttyp			
		keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf
Anteil der Gruppe (in %)	100%	18%	37%	33%	12%	12%	18%	35%	27%
Haben Sie in Ihrer Umgebung Unzufriedenheit mit der Führung wahrgenommen oder nicht? Und wenn ja, verstärkt sie sich in letzter Zeit, wird sie schwächer oder ist sie unverändert?									
Nehme keine wahr	26%	35%	30%	20%	15%	20%	25%	29%	29%
Sie wird stärker	45%	40%	41%	50%	49%	45%	50%	43%	44%
Sie ändert sich nicht	22%	16%	22%	23%	27%	25%	21%	21%	18%
Sie wird schwächer	2%	2%	1%	3%	2%	1%	1%	1%	3%
Schwer zu sagen	5%	6%	6%	4%	7%	8%	3%	5%	6%
Richtet sich diese Unzufriedenheit Ihrem Eindruck nach vor allem gegen die föderale Führung oder gegen die Führung Ihrer Region?									
Nehme keine wahr	26%	35%	30%	20%	15%	20%	25%	29%	29%
Gegen die föderale Führung	33%	24%	30%	39%	42%	34%	34%	34%	27%
Gegen die Führung der Region	25%	18%	24%	29%	23%	27%	30%	23%	25%
Schwer zu sagen	16%	22%	15%	12%	20%	19%	12%	14%	19%

Haben dort, wo Sie wohnen, letzte Woche Protestaktionen von Arbeitnehmern des staatlichen Sektors stattgefunden oder nicht?


Befürworten Sie die Protestaktionen von Arbeitnehmern des staatlichen Sektors, die letzte Woche stattgefunden haben, oder befürworten Sie sie nicht?



Die Protestaktionen der Arbeitnehmer des staatlichen Sektors

	Russland insgesamt	Bildung				Wohnorttyp			
		keine Mittelschule	Mittelschule	Fachschule	Hochschule	Megapolis	Großstadt	Kleinstadt	Dorf
Anteil der Gruppe (in %)	100%	18%	37%	33%	12%	12%	18%	35%	27%
Sagen Sie bitte, haben Sie selbst im letzten Jahr an irgendwelchen Demonstrationen, Protestaktionen, Streiks teilgenommen oder nicht									
Habe teilgenommen	3%	2%	2%	4%	6%	5%	5%	2%	2%
Habe nicht teilgenommen	93%	90%	94%	94%	93%	94%	95%	92%	93%
Schwer zu sagen	4%	8%	4%	2%	1%	1%	0%	6%	5%
Wir sprechen von Protestaktionen von Arbeitnehmern des staatlichen Sektors (Ärzte, Lehrer usw.) und die letzte Woche in vielen Regionen des Landes stattgefunden haben. Wissen Sie davon, haben Sie etwas gehört oder hören Sie jetzt das erste Mal davon?									
Ich weiß davon	43%	34%	35%	49%	63%	59%	40%	44%	34%
Habe etwas gehört	29%	28%	30%	30%	24%	23%	32%	26%	35%
Höre jetzt das erste Mal davon	28%	38%	34%	20%	13%	17%	28%	29%	31%
Schwer zu sagen	1%	0%	0%	1%	1%	1%	0%	1%	0%
Was glauben Sie, werden die Protestaktionen der letzten Woche dazu beitragen, die Probleme der Arbeitnehmer des staatlichen Sektors zu lösen oder nicht?									
Höre jetzt das erste Mal davon	28%	38%	34%	20%	13%	17%	28%	29%	31%
Tragen bei	24%	25%	24%	22%	31%	23%	21%	27%	26%
Tragen nicht bei	39%	25%	32%	49%	50%	48%	44%	34%	33%
Schwer zu sagen	9%	12%	9%	9%	6%	12%	7%	10%	10%

Quelle für die Grafiken und Tabellen auf den Seiten 12 bis 14: Befragung des Fond Öffentliche Meinung (FOM) vom 30.–31. Oktober 2004 <http://bd.fom.ru/zip/tb0444.zip>

Chronik

Vom 2. bis zum 9. Dezember 2004

2.12.2004	Der ukrainische Präsident Kutschma trifft zu einem Kurzbesuch in Moskau ein und konferiert mit Putin zwei Stunden im Regierungsterminal des Moskauer Flughafens Wnukowo über die Lage in der Ukraine.
3.– 5.12.2004	Präsident Putin trifft in Begleitung von Verteidigungsminister Sergej Iwanow und dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Alexander Shukow zu einem dreitägigen Staatsbesuch in Indien ein. Es werden eine Reihe von Wirtschaftsabkommen unterzeichnet, u.a. im Bereich der Nuklearenergie.
3.12.2004	Verteidigungsminister Sergej Iwanow unterzeichnet mit seinem indischen Amtskollegen Pranab Mukherjee ein Abkommen über die Fortsetzung der Finanzierung der gemeinsamen Produktion des Brahma-Marschflugkörpers.
3.12.2004	Die Duma verabschiedet das Gesetz über die Reform der Gouverneurswahlen in dritter und letzter Lesung mit 385 gegen 68 Stimmen. Das Gesetz sieht vor, dass der Präsident die Kandidaten benennt, die dann vom regionalen Parlament bestätigt werden müssen. Am 8.12. stimmt auch der Föderationsrat dem Gesetz zu.
3.12.2004	Die Duma verabschiedet mit 373 gegen 56 Stimmen bei einer Enthaltung die Novelle zum Parteiengesetz, die die mindestens erforderliche Mitgliederzahl einer Partei von 10.000 auf 50.000 heraufsetzt
4.12.2004	Russlandfreundliche tschetschenische Sicherheitskräfte, darunter auch die "Präsidentengarde" Ramsan Kadyrow, nehmen Verwandte des Guerillaführers und letzten tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadow in Haft.
4.12.2004	In Moskau wird ein nigerianischer Student von Unbekannten angegriffen und durch Messerstiche schwer verletzt.
5.12.2004	Putin trifft zu einem Staatsbesuch in Ankara ein.
5.12.2004	In sechs Regionen finden Gouverneurswahlen statt. In Pskow setzt sich Michail Kusnezow mit 48,8% gegen den bisherigen Amtsinhaber Jewgenij Michajlow (41,4%) durch. In Astrachan wird der Interims-Gouverneur Alexander Shilkin mit 65% der abgegebenen Stimmen gewählt. In Kamtschatka und Wolgograd bringt der erste Wahlgang keine Entscheidung. In beiden Fällen gelangen die Kandidaten von „Einiges Russland“ jedoch nicht in die zweite Runde. Auch in Brjansk und Uljanowsk wird ein zweiter Wahlgang notwendig. In diesen beiden Regionen liegen die Kandidaten von „Einiges Russland“ vorn.
6.12.2004	Auf einer Pressekonferenz in Ankara kritisiert Putin die Einmischung westlicher Politik in der Ukraine. Er erklärt, dass Russland mit jeder gewählten Macht in der Ukraine zusammenarbeiten werde.
6.12.2004	Der Direktor des FBI, Robert Mueller, trifft in Moskau nacheinander mit Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow, mit Innenminister Raschid Nurgalijew und Nikolaj Patruschew, dem Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, zusammen. Er erörtert mit seinen Gesprächspartnern Fragen der Terrorismusbekämpfung, des intellektuellen Eigentums und andere Themen.
6.12.2004	In Petersburg werden drei chinesische Studenten der Seefahrtsakademie von Unbekannten angegriffen und zusammengeschlagen.
6.– 7.12.2004	Auf der Sitzung des Rats der Außenminister der OSZE in Sofia kritisieren der russische Außenminister Sergej Lawrow und US-Außenminister Colin Powell wechselseitig die Politik des anderen Landes. Die erhoffte Vereinbarung über den Abzug russischer Truppen aus Georgien und Moldawa kommt nicht zustande. Powell erklärt, die USA würden den modifizierten KSE-Vertrag erst ratifizieren, wenn Russland seine OSZE-Verpflichtungen erfülle.
7.12.2004	Putin empfängt den irakischen Ministerpräsidenten Ajad Allawi und erörtert mit ihm die Lage im Irak und die russische Beteiligung beim Wiederaufbau der irakischen Wirtschaft.
8.12.2004	In der Pisa-Studie rangieren russische Schüler unter 41 Ländern auf Platz 29. Damit liegt Russland noch hinter den USA, die an 27. Stelle stehen. Deutschland liegt mit einem Platz im Mittelfeld vor beiden Ländern.
8.12.2004	Die stellvertretende Leiterin der Rechtsabteilung des Ölkonzerns Jukos, Swetlana Bachmina, wird in Moskau verhaftet. Ihr wird vorgeworfen, am illegalen Transfer von Aktien einer Jukos-Tochterfirma ins Ausland beteiligt gewesen zu sein. Die Mehrheit des Jukos-Managements hält sich derzeit ständig im Ausland auf, um Verhöre und Verhaftungen zu vermeiden.
8.12.2004	Der Aufsichtsrat des russischen Erdgasunternehmens Gazprom stimmt für die Teilnahme des Unternehmens an der Zwangsversteigerung des zu Jukos gehörenden Ölunternehmens Juganskneftegas.
9.12.2004	Eine Delegation der Nationalen Öl- und Gasgesellschaft Chinas (CNPC) will nach einem chinesischen Zeitungsbericht ebenfalls an der Juganskneftegas-Auktion teilnehmen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Abstracts der Russlandartikel in Osteuropa, 2004, Heft 11

Zoltán Barany

Potemkin am Werk

Die Militärreform in Rußland

Entgegen allen Behauptungen des Präsidenten und seiner Regierung, die radikale Reform der rußländischen Streitkräfte sei abgeschlossen, hat eine echte Reform der Streitkräfte in Rußland kaum begonnen. Wirtschaftliche und sozioökonomische Faktoren stehen einer Reform im Wege. Die wichtigsten Gründe jedoch sind politischer Natur, die Präsident Putin umfassende Veränderungen erschweren. Gleichzeitig hintertreibt die Generalität aktiv alle Reformansätze. Letztlich liegt die Wurzel des Problems in der gescheiterten Demokratisierung Rußlands nach 1993, welche die Entwicklung ausgewogener staatlicher Mechanismen zur Kontrolle der Streitkräfte verhinderte.

Christian Hufen

Russe als Beruf

Anmerkungen zu Fedor Stepun

Der Zufall wollte es, daß Max Weber seinen Vortrag „Wissenschaft als Beruf“ am selben Abend hielt, als die Bolševiki in Petrograd die Macht eroberten. Webers früherer Gesprächspartner, der Philosoph Fedor Stepun (1884–1965), wird Augenzeuge dieses weltgeschichtlichen Ereignisses. Diese Erfahrung wertete Stepun als Publizist und Soziologe ab 1922 im deutschen Exil aus, im lebendigen Austausch mit Künstlern und Intellektuellen der russischen Emigration und als Teil des deutschen Wissenschaftsbetriebs. In kritischer Auseinandersetzung mit Webers Postulat der Werturteilsfreiheit der Wissenschaften entwickelt er in den Zwischenkriegsjahren sein Selbstverständnis eines transnationalen politischen Intellektuellen in Europa.

Magdalena Marszałek, Matthias Schwartz

Imaginierte Ukraine

Zur kulturellen Topographie in der polnischen und russischen Literatur

Seit einem Jahrzehnt revitalisiert die polnische und russische Literatur die ukrainische Thematik. Die Ukraine ist wieder zu einem Ort geworden, der als Projektionsfläche für kulturelle Selbstdefinitionen dient. Dabei knüpft man an kulturelle Topographien aus der Romantik an, welche die Ukraine als umkämpftes und gefährliches Grenzland am Rande des eigenen Imperiums imaginierten. Dieses heute jenseits der eigenen Staatsgrenzen liegende hochpoetisierte Gebiet bietet sich ideal für eine postmoderne Diversifizierung und spielerische Regionalisierung an. So erscheint die Westukraine in der polnischen Literatur häufig im intertextuellen Rekurs auf den multikulturellen Galizienmythos und die wiedergekehrte Mitteleuropa-Idee. In der russischen Literatur werden die orientalisierte Krim als neues „Welt-Kultur-Übungsgelände“ und die dörfliche Ukraine als mystischer Ort grotesker und übersinnlicher Erfahrungen ästhetisiert.

Michael John

Die Macht der leichten Musen

Musikfilmkomödien und Sowjetideologie

Die sowjetischen Musikfilmkomödien der 1930er Jahre orientierten sich in ihrer Bildsprache und im Sujetaufbau an dem amerikanischen Hollywood-Musical. Im Beitrag werden dramaturgische Ähnlichkeiten zwischen dem *Backstage Musical Footlight Parade* (1933) und der Adaptation dieses Genres im sowjetischen Musikfilm *Cirk* (1936) herausgearbeitet. Dabei stehen die Vermittlungs- und Partizipationsstrategien von ideologischen Botschaften im populären Genre des Filmmusicals im Mittelpunkt. Hollywoods Filmindustrie nutzte zur Verbreitung seiner ideologischen Subtexte die Selbstimaginationen des Publikums. Die demonstrative Inszenierung von symbolischen Gesten im sowjetischen Musikfilm schließt den Betrachter aus der Partizipation am Filmtext aus.